

„Die Sprachlosigkeit auflösen“

Schützen und Bürger sollen Streit aus der Welt schaffen.

Forstenried · „Die halten sich nicht an unseren Kompromiss“ – „Die akzeptieren unseren Bestandschutz nicht.“ Solche Vorwürfe stehen derzeit zwischen dem Verein Hubertus für Jagd- und Sportschießen und der Bürgerinitiative (BI) Forstenrieder Park ohne Schießanlage e.V.

In der Sitzung des Bezirksausschusses 19 (BA 19) warf BI-Vorstand Heinz Kuhnert den Hubertusschützen vor, sich nicht an eine im Jahr 2012 vereinbarte Kompromisslösung zum Schutz der Anwohner zu halten. So sei damals vereinbart worden, nicht mehr als vier Jägerprüfungen pro Jahr abzuhalten und den Schießlärm auf 50 dB zu begrenzen. „Hubertus hält sich nicht an diese Vereinbarungen“, so Kuhnert verärgert. „Es sind nicht weniger Veranstaltungen geworden.“

Hintergrund: Im November 2012 schlossen die Bayerischen Staatsforsten mit Hubertus einen neuen Pachtvertrag für weitere 35 Jahre. Voraussetzung hierfür war eine einvernehmliche Regelung zwischen den Sportschützen und der Bürgerinitiative, die

als Kompromisslösung in den Vertrag mitaufgenommen wurde und die nun laut BI nicht eingehalten wird. Im Dezember, so Kuhnert, habe man einen Brief von Hubertus erhalten, in dem es heißt, man habe sich an „Recht und Gesetz gehalten“. Kuhnerts Vorwurf: „Hubertus hat den Vertrag anders ausgelegt als wir.“

Die Fronten sind verhärtet. Die Sportschützen ihrerseits sehen sich in ihrem Bestandsrecht angegriffen. Grund: Die Formulierung der Bürgerinitiative in ihrem Briefkopf, „Forstenrieder Park ohne Schießanlage e.V.“. Nun sollen sich die zerstrittenen Parteien an einen Tisch setzen und die Unstimmigkeiten aus der Welt schaffen. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag hat die SPD in der BA-Sitzung gestellt. Zudem werden beide Parteien aufgefordert, den Pachtvertrag vom November 2012 einzuhalten. „Der BA 19 hat in allen Beschlüssen und Diskussionen deutlich gemacht, dass der Bestandschutz für den Verein Hubertus für Jagd- und Sportschießen e.V. gilt“, heißt es

in der Begründung. „Wir können uns hier nicht als Schiedsrichter aufspielen, weil wir den Vertrag nicht kennen. Ich weiß zum Beispiel nicht, ob Fristen in dem Vertrag stehen, bis wann ein Schallschutz errichtet sein muss, ich weiß nicht, ob der Vertrag eingehalten wird oder nicht“, sagte BA-Vorsitzender Hans Bauer. „Also können wir nur anbieten, hier zu moderieren. Das ist ein pragmatischer Vorschlag, um die Sprachlosigkeit aufzulösen.“

Kuhnert betonte zudem in der Sitzung, dass der Name der BI „nicht so gemeint ist, wie es da steht.“ Die Formulierung stamme noch aus der Zeit, als es um den Bau einer großen Schießanlage ging, was ja verhindert worden sei. Bauer nahm dieses Statement mit ins Protokoll auf. „Das ist doch ein erster Schritt“, sagte er. Der Antrag der SPD wurde einstimmig angenommen. Der BA 19 steht damit den Parteien als Moderation zur Verfügung. Die Hubertusschützen werden also demnächst einen Brief mit der Bitte um eine erste Aussprache erhalten. **tab**